

The background of the cover is a photograph of a sunset over the ocean. The sun is low on the horizon, creating a bright glow and reflecting on the water. A small boat is visible on the left side of the horizon. Overlaid on the sky and water is a map of Europe, with the landmasses filled with a bright yellow color. The text is positioned in the upper left quadrant, partially overlapping the yellow circle and the map.

Jugendmigrationsrat

Handlungsempfehlungen

Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
Zeitgeschichtlicher Hintergrund	3
Transnationale Jugendmigration	3
Das Projekt „Jugendmigrationsrat (JuMigRa)“	4
Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis	5
Würde	5
Migrationspolitik	5
Aufklärung	7
Praxis	8

Hinweis zu den Handlungsempfehlungen

Die hier vorgestellten Handlungsempfehlungen sind aus der Veröffentlichung „Abschlussbericht des Projektes Jugendmigrationsrat“ entnommen. Diese können Sie per Mail an joerg.sander@sjr-stuttgart.de anfordern.

Einführung

Es ist nur eine Frage des politischen Willens, ob Europa seine Migrations- und Flüchtlingspolitik in Zukunft humaner gestalten und seinem Anspruch, Kontinent der Menschenrechte zu sein, gerecht werden wird. Gegenwärtig ist die EU noch nicht so weit. Die Defizite und Herausforderungen im Umgang mit Migranten im Allgemeinen und Flüchtlingen im Besonderen belegen viel mehr, dass es auf diesem Gebiet großer Anstrengungen bedarf. Es ist kein Zufall, dass der französische Premierminister Manuel Valls Ende Januar 2015 in Bezug auf die erheblichen Integrationsschwierigkeiten verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen von Apartheid in Europa gesprochen hat. Und das „Massengrab Mittelmeer“ ist makaberes Zeugnis für eine migrationsfeindliche europäische Politik, bei der es unter gegenwärtigen Verhältnissen letzten Endes nur Verlierer gibt.

Es ist nicht nur das Gebot der Würde, das nach einer humaneren Einwanderungspolitik in Europa verlangt, es ist auch eine Frage der Vernunft. Mit einer dieser Zeit angemessenen progressiven Einwanderungspolitik seitens der EU würden viel mehr Gewinner auf dem Kontinent zusammenleben können. Dabei lautet das Motto: „Je früher desto besser“, denn die Probleme werden angesichts der Entwicklungen im Mittelmeerraum nicht geringer werden, viel mehr prognostizieren die meisten Expert_innen dramatische Entwicklungen für die nächsten Jahre.

Mit den Möglichkeiten einer anderen Einwanderungspolitik und ihrer Umsetzung in die Praxis beschäftigen sich viele Gremien und Organisationen in Europa. Der Jugendmigrationsrat hat sich in den letzten drei Jahren mit eben diesen Fragen auseinandergesetzt und macht einige ganz konkrete Vorschläge dazu.

Zeitgeschichtlicher Hintergrund

Im Winter 2010 begann mit Tunesien eine epochale Veränderung der arabischen Welt. Aufstände, Revolutionen mit unkalkulierbaren Folgen breiteten sich südlich des Mittelmeers aus und sorgten für völlig neue gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Problemlagen in der Region. Die späteren spektakulären Bilder aus Lampedusa sind dabei nur die medienwirksame Seite einer äußerst komplexen Problematik, deren weitere Entwicklung noch immer völlig unabsehbar bleibt. Eine Prognose galt dabei allerdings von Anfang an als sicher und wurde zum Teil auf dramatische Weise bestätigt, und das ist die **transnationale Jugendmigration** in Richtung Norden und im selben Maße die damit verbundenen Herausforderungen in den betroffenen Ländern auf beiden Seiten des Mittelmeers selbst.

Transnationale Jugendmigration

Jugendmigration findet bisher sowohl geregelt als auch unkontrolliert statt. In beiden Fällen bedarf es adäquater Ansätze, um einerseits mit Präventivmaßnahmen menschenunwürdige und gefährliche Situationen für die migrierenden Jugendlichen zu vermeiden, und um andererseits für die jungen Menschen Integrationsprozesse in win-win-Perspektiven sowohl in den Herkunfts- als auch in den Ziel-ländern in Gang zu setzen. Partizipative Ansätze könnten dabei erfolgsversprechend wirken. Einfache Lösungen kann es nicht geben. Jedweder Lösungsansatz sollte die verschiedensten Aspekte in den Blick nehmen und berücksichtigen. Am sinnvollsten sind Lösungsansätze, die von einem international besetzten und interdisziplinär arbeitenden **Netzwerk aus Expert_innen** der jeweiligen betroffenen Länder entwickelt werden.

Das Projekt „Jugendmigrationsrat (JuMigRa)“

Aus diesen Überlegungen heraus entstand 2012 unter der Federführung des Stuttgarter Stadtjugendrings das Projekt **Jugendmigrationsrat**, finanziert aus Mitteln des europäischen Integrationsfonds, durchgeführt in Kooperation mit dem Kreisjugendring Esslingen, dem Bruderhaus Diakonie Nürtingen, Fachdienst Jugend, Bildung und Migration, dem Stadtjugendausschuss Karlsruhe, dem Evangelischen Verein für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main und dem Kinder- und Jugendring Bochum.

Der Jugendmigrationsrat formierte sich aus einem **Expertenrat** und einem **Jugendforum**. Der Expertenrat setzte sich aus Akteuren aus dem Bereich der Jugendmigrationsarbeit bzw. der Jugendarbeit mit Erfahrungen in Nordafrika zusammen. Die Teilnehmenden hatten unterschiedliche wissenschaftliche, praktische, kulturelle, religiöse und politische Horizonte. Sie stammten aus Deutschland, Marokko, Tunesien, Ägypten, Italien, Frankreich und Spanien. Aus denselben Ländern kamen die jugendlichen Mitglieder des Jugendforums. Sie hatten Erfahrungen mit Fragestellungen der Jugendmigration, brachten in die Diskurse des Jugendmigrationsrates die Sicht der Jugendlichen ein und sorgten damit für die wichtige subjektive Perspektive.



Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis¹

Würde

Würde tut not. Würde ist ein universaler Wert, der keiner weiteren Erläuterung bedarf. Alle Akteure in der Migrationsproblematik wissen, worum es geht, denn die Würde ist für alle von zentraler, ja existentieller Bedeutung. Der Verlust der Würde durch Verfolgung, soziale Not und Krieg ist für die meisten Migranten der Hauptgrund für die Auswanderung und der Versuch, sie in der Fremde wieder zu erlangen. Die Wiederherstellung der Würde bleibt die wichtigste Motivation, um die Strapazen einer lebensbedrohlichen Flucht in Kauf zu nehmen.

Es ist also kein Zufall, dass der Begriff der Würde bei allen Akteuren im Bereich der Jugendmigration, sowohl in den Interviews als auch in allen Debatten, zum Schlüsselwort wurde. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle als erste und dringendste Empfehlung dazu geraten, sich stets daran zu erinnern und bei allen zukünftigen Entscheidungen und Praxen die Würde als wichtigste Hintergrundfolie zu nehmen, denn der würdige Umgang mit Menschen in Not zeigt den Zivilisationsgrad einer Gesellschaft.

Migrationspolitik

Migrationspolitik bewegt sich legislativ im höchst komplexen Spannungsfeld der diversen Zuständigkeiten mit ausschließlichen und konkurrierenden Gesetzgebungen von EU, Nationalregierungen, und diversen Gebietskörperschaften². Bei der Exekutive ist es nicht weniger komplex, und so müssten Forderungen zur Migrationspolitik normalerweise diesen Verflechtungen Rechnung tragen. Dies ist in diesem Bericht nicht möglich, daher wird vor jeder Empfehlung nur der institutionelle Hauptadressat in Klammern gesetzt: **EU** für die europäische Union, **NR** für nationale Regierung, **GK** für Gebietskörperschaft.

Die aller dringlichste Aufgabe für die Politik ist die **Schaffung von legalen Einwanderungsmöglichkeiten** und Wegen, bei denen junge Menschen aus dem arabischen Raum bzw. afrikanischen Kontinent neue Zukunftsperspektiven bekommen können, ohne dafür unter unmenschlichen Bedingungen ihr Leben riskieren zu müssen und sich dabei skrupellosen Schleusern auszuliefern.

Eine humane Einwanderungspolitik müsste folgende Punkte beachten:

- **EU:** Geldmittel für Seenotprogramme wie **Mare Nostrum** sollten dringend zur Verfügung gestellt werden, wenn das Massensterben am Mittelmeer aufhören soll. Das Trauerspiel an den Küsten Europas ist dem Kontinent der Menschenrechte und der Aufklärung nicht würdig.
- **EU:** Die **Dublin-Verordnung** der EU, die Flüchtlinge rücksichtslos durch Europa hin und her schiebt, ist nicht nur für die Flüchtlinge selbst ungemein würdelos, sie ist auch unter den europäischen Ländern unsolidarisch. Der Effekt ist nämlich eine enorme Belastung der Anrainerländer des Mittelmeers, zumal diese nicht über die finanziellen Mittel verfügen wie z.B. Deutschland. Eine solidarische Einwanderungspolitik würde die Bereitschaft zeigen, mehr Flüchtlinge über das Resettlement des UNHCR aus internationalen Krisen- und Kriegsgebieten wie Syrien, Afghanistan, Eritrea usw. aktiv aufzunehmen.
- **NR:** Eine humane Einwanderungspolitik macht keinen Unterschied zwischen guten und schlechten Migranten, sie sorgt viel mehr dafür, dass alle Migrant_innen gemäß ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten eine adäquate Betreuung für ihre erfolgreiche **Integration** in die Gesellschaft bekommen. Für die Integrationsarbeit ist die Unterscheidung in die diversen Kategorien wie Flücht-

¹ Hier fließen viele Empfehlungen ein, die seitens diverser Gremien und Wohlfahrtsverbänden bereits formuliert wurden. Die bei der Anti-Pegida Veranstaltung am 05. Januar 2015 in Stuttgart vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg präsentierten Positionen wurden hier zum Teil wörtlich übernommen.

² In Deutschland sind es die Länder, die Landkreise und die Kommunen.

linge und Migranten, Wirtschaftsflüchtlinge und politisch Verfolgte, Legale und Illegale usw. nicht dienlich. Vielmehr sollte das Subjekt in seiner Einzigartigkeit im Mittelpunkt stehen³.

- **NR:** Eine kluge Einwanderungspolitik entscheidet sich für Lösungen, von denen alle Akteure etwas haben. So ist es unverständlich, wieso südlich des Mittelmeers ein Überschuss an zum Teil sehr **qualifizierten Fachkräften** in fast allen Branchen herrscht, dabei gleichzeitig zumindest in den nördlichen Regionen Europas die gleichen Kompetenzen in der Wirtschaft fehlen, ohne dass die Politik an dieser Stelle die ganz offensichtlichen Schlüsse zieht.

Eine gute Einwanderungspolitik tut alles, damit die Migrant_innen sich in ihrer Würde nicht verletzt fühlen und sich damit schneller und effektiver in die europäischen Gesellschaften integrieren. Dafür müssten darüber hinaus die folgenden Bedingungen erfüllt werden:

- **NR:** Die wichtigste Bedingung für eine konstruktive Einwanderungspolitik ist die **institutionelle Transparenz**, so wie der Rat für Migration es schon seit Jahren für Deutschland fordert. Alle Bürger_innen und alle Migrant_innen sollten überblicken können, wie die Zuständigkeitsverteilung ist. Dafür muss die große Vielfalt der Kompetenzen stark reduziert werden⁴.
- **NR:** Eine weitere Forderung des Rats für Migration übernehmen wir gerne: „Nötig ist ein Wandel von der herkömmlichen Integrationspolitik für Migrant_innen zu einer **teilhabeorientierten Gesellschaftspolitik für alle**“.
- **NR:** Die Politik und wir alle müssen dafür sorgen, dass junge Migrant_innen in Deutschland wie **normale Menschen behandelt** werden. Das bedeutet, dass sie gut aufgenommen und untergebracht werden müssen. Also statt in isolierende Massenunterkünfte müssen die jungen Migrant_innen so weit wie möglich in normalem sozialem Wohnraum untergebracht werden. Hier geht es darum, Flüchtlingen zunächst einen gleichwertigen Zugang zur sozialen Wohnraumpolitik zu ermöglichen, und gerade wegen des fast überall vorhandenen Mangels an bezahlbarem Wohnraum die nötigen Anstrengungen zu unternehmen, damit alle Bedürftigen anständig wohnen können. Dies ist möglich und bezahlbar, wenn man es politisch will.⁵
- **GK:** Dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen und Mädchen, die Opfer männlicher Gewalt wurden, ist Rechnung zu tragen mit einer überschaubaren und geschützten Unterkunft, der Lage und den Betreuungsbedingungen in der Unterkunft. Rahmenbedingungen, die eine Retraumatisierung wahrscheinlich machen, sind nicht zumutbar. Frauen haben vielfach einen größeren Betreuung und Schutzbedarf, als er in Unterkünften mit gemischter Belegung geboten werden kann.⁶
- **GK:** Jeder Mensch, der einen Asylantrag stellt, sollte ein **fares und rechtsstaatliches Asylverfahren** erhalten, auch die Asylsuchenden aus den Balkanstaaten, die dort in den allermeisten Fällen von absoluter Armut und von sozialer und rassistischer Diskriminierung betroffen sind.
- **NR:** Die lange Dauer der Asylverfahren stellt wegen der Planungsunsicherheit für alle Beteiligte ein sehr **großes Problem** dar, sie müsste überall stark reduziert werden. Dafür sind viel mehr Mittel und Personal **erforderlich**.
- **GK:** Die **Integration von jungen Migrant_innen in Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt** muss gefördert und verbessert werden. Vertreter von Wirtschaftsverbänden fordern, dass jeder Flüchtling, auch wenn das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten soll, wenn er einen **Ausbildungsplatz** oder eine feste Arbeitsstelle hat.

³ Siehe die Rede des Papstes vor dem EU-Parlament im November 2014.

⁴ Vgl. Offener Brief „Rat für Migration“ vom 01. Oktober 2013.

⁵ Die Stadt Stuttgart ist bei diesem Punkt vorbildlich, hier werden weder Zelte noch Container als Unterkünfte benutzt.

⁶ Dies ist eine Forderung vom Landesfrauenrat Baden-Württemberg, die wir gerne übernehmen.

- **NR:** Der Staat muss all diejenigen **Organisationen weiter und stärker fördern**, die junge Migrant_innen beraten und bei der sozialen Integration unterstützen, also Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Flüchtlingshilfsorganisation, Gesundheitszentren für Traumatisierte, usw. Die ehrenamtliche Arbeit im Migrationsbereich gilt es zu fördern, weil junge Migrant_innen damit andere Seiten der Gesellschaft entdecken als die formalisierte Welt der Fachkräfte, unabhängig davon, dass letztere jede Unterstützung von Bürger_innen gebrauchen können.
- **GK:** Junge Migrant_innen brauchen **Unterstützung im rechtlichen Bereich**, insbesondere Beratung im Asylverfahren aber auch weitere rechtliche Unterstützung.
- **GK:** Die Zuweisung von Flüchtlingen an bestimmte Orte und die gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge/Zuwanderer:innen in die Fläche ist nicht kind- und jugendgemäß. Kinder und Jugendliche brauchen Strukturen in denen sie angemessen versorgt, begleitet und gefördert werden. Kommunen/Kreise in denen Strukturen vorhanden sind oder geschaffen werden können, die Zuwanderung bearbeiten können sollten dies auch tun. Hierfür muss ein finanzieller Lastenausgleich erfolgen für Kommunen und Kreise, die diese Aufgabe erfüllen. Kommunen/Kreise wo Zuwanderung nicht willkommen ist, müssen einen Lastenausgleich bezahlen. Dies bedeutet eine bessere Integrationschance für Zuwanderung.
- **GK:** Die Gesundheitsversorgung, einschließlich der psychotherapeutischen Versorgung insbesondere von traumatisierten Mädchen und Frauen müssen gewährleistet werden. Zur Übernahme von Krankheitskosten sind entsprechende Vereinbarungen mit den Krankenkassen zu treffen.⁷
- **GK:** Flüchtlinge brauchen **soziale Unterstützung** beim Ankommen, beim Einleben in die Gesellschaft, beim Lernen der Sprache, beim Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt und bei gesundheitlichen Problemen.
- **GK:** Zur Beratung über Asylverfahren, Sozialberatung und psychologischer Betreuung benötigen weibliche Flüchtlinge entsprechend qualifizierte Beraterinnen in ausreichender Anzahl. Für akute Probleme, z.B. in Unterkünften, müssen offizielle Ansprechpartnerinnen erreichbar sein.⁸

Die Grenzen der Aufnahmebereitschaft in Europa sind noch längst nicht erreicht. Europa ist reich, hat gute Verwaltungs- und Sozialstrukturen und eine mehrheitlich offene und aufnahmebereite Zivilgesellschaft. Zum Beispiel sind im Jahr 2014 ca. 26.000 neue Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen. Das sind im Durchschnitt 600 Personen in jedem Landkreis. Das ist eine sehr überschaubare Zahl!⁹.

Aufklärung

Alle Entscheidungen und Maßnahmen der Politik bleiben unwirksam, wenn die Bevölkerung diese nicht mitträgt. Aus diesem Grund muss die Politik für die Bereitschaft und Offenheit in der Bevölkerung zur Aufnahme und Integration von jungen Migrant_innen aktiv werben. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig:

- Jede Maßnahme, jede Neuerung in der Einwanderungspolitik sollte nicht nur unter utilitaristischen, sondern dringend auch nach **humanitären Kriterien** entschieden werden.
- Sich authentisch für junge Migrant_innen durch positive Maßnahmen und **gute Behandlung**¹⁰ einzusetzen, führt zu einer größeren Akzeptanz in der Bevölkerung. Diese wirkt dann eher unterstützend bei der Aufnahme von Einwanderer:innen. Dazu gehört auch, dass nicht nur in problematisierender Weise über Asylsuchende gesprochen wird.

⁷ Idem

⁸ Idem

⁹ Hier ist nicht die Rede von Verhältnissen wie im Libanon, der Türkei oder Jordanien, die Zusammen mehrere Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen haben.

¹⁰ Die Initiativen der baden-württembergischen Regierung sind in diesem Sinne sehr lobenswert.

- Die viel beschworene **Willkommenskultur** muss überall als Standard etabliert werden. Allerdings bleibt sie als Idee und Maßnahme inkonsistent, wenn sie nicht durch echte Partizipationsmöglichkeiten der jungen Migrant_innen verwirklicht wird. Dabei ist es wichtig, nicht diskriminierende Unterschiede zwischen den diversen Gruppen von Migranten zu machen, sondern den Einzelnen als Subjekt zu betrachten (s.o.).
- Die **Bekämpfung aller Formen von Rassismus** und Diskriminierung muss zum obersten Gebot einer authentischen Willkommenskultur und zur Pflichtaufgabe aller staatlichen Instanzen werden.

Eine **interkulturelle Öffnung** in allen staatlichen und kommunalen Behörden und Organisationen gehört zu den Grundlagen einer offenen, modernen Gesellschaft. Dazu gehören interkulturelle Ausbildungsgänge für alle Fachkräfte und Lehrer, die mit jungen Migrant_innen arbeiten.

- **Bildung** als wirksamstes Instrument der Aufklärung muss im Sinne einer Willkommenskultur überall stärker gefördert werden. Dies kann in Schulen durch mehr Vorbereitungsklassen für junge Zuwanderer gewährleistet werden, aber auch durch außerschulische informelle Bildungsarbeit in Vereinen und Initiativen.

Praxis

Alle Überlegungen zu einer Willkommenskultur müssen unmittelbar in die Praxis übersetzt werden können, sie sind sonst nichts wert. Einige Vorschläge wurden weiter oben schon explizit gemacht. Hierzu zählt die Frage der Unterbringung von jungen Migrant_innen ebenso wie die Notwendigkeit der Unterstützung durch Beratung. Folgende Punkte sind ebenso zu beachten:

- Der Grundsatz der **Partizipation** sollte stets in sämtlichen Bereichen der Arbeit mit jungen Migrant_innen beachtet werden. Dabei können Jugendorganisationen und Migrantenvereine einen sehr wertvollen Beitrag leisten, wenn sie in die Integrationsprozesse strukturell eingebunden werden.
- Partizipation funktioniert natürlich nur dann, wenn die **Kompetenzen** der jungen Migrant_innen wahrgenommen und berücksichtigt werden. Wenn diese Kompetenzen durch Zeugnisse dokumentiert sind, gilt es, sie schneller und objektiver anzuerkennen. Bei den häufig vorhandenen informellen Kompetenzen müssen Verfahren angewandt werden, bei denen diese systematisch auf ihre Nützlichkeit für eine spätere Verwendung hin registriert werden¹¹.
- Der mehrfach festgestellten Überforderung der Betreuer_innen in der Praxis muss durch verschiedene Maßnahmen begegnet werden. Zuvorderst brauchen sie **Ausbildung und Schulung**. Entsprechende Lehreinheiten zu allen wichtigen und nötigen Bereichen der Arbeit liegen vor, an der Finanzierung von Schulungen fehlt es allerdings.
- Die **Arbeitsbedingungen** auf dem Feld der Arbeit mit jungen Migrant_innen müssen unbedingt attraktiver werden, sowohl durch Entlastung als auch durch eine bessere Vergütung. Nur so werden erfahrene Fachkräfte gehalten.
- Alle Formen der **Jugendarbeit** müssen sich den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft anpassen und den Themenkomplex Migration-Integration als Querschnittsaufgabe der Jugendarbeit begreifen.
- Erforderlich ist die **Bildung und Pflege lokaler Netzwerke**, um Probleme der Isolation zugunsten der Integration besser begegnen zu können.

¹¹ Das Verfahren zur Anerkennung der nichtformalen Bildung wird auf europäischer Ebene bereits über den youthpass (www.youthpass.eu) vereinheitlicht.

Impressum

Projekt „Jugendmigrationsrat“ - Ein internationaler Zusammenschluss von Expert_innen und Jugendlichen für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Handreichungen für Politik und Praxis zum Thema „Jugendmigration“.

Herausgeber:

Stadtjugendring Stuttgart
Junghansstraße 5
Tel: 0711 / 23 72 60
info@sjr-stuttgart.de

V.i.S.d.P.:

Vorstand Stadtjugendring Stuttgart

Redaktion:

Dr. Seddik Bibouche, Analyse - Beratung - Perspektiven
Jörg Sander, Stadtjugendring Stuttgart
Rainer Mayerhoffer, Stadtjugendring Stuttgart
Verena von Zitzewitz, Stadtjugendring Stuttgart
Franziska Hubner

Autoren:

Dr. Seddik Bibouche, Analyse - Beratung - Perspektiven
Bettina Schäfer, Stadtjugendring Stuttgart

Satz und Layout:

Boris Willi /Webdesign. //Print Design. ///Konzeption.
www.boriswilli.de

Auflage:

1.000 Exemplare, erste Auflage
Stuttgart, 2015

Gefördert durch den Europäischen Integrationsfonds



